

**Topthemen
in der »Klar«**
Deutschland braucht
eine Renten-
Revolution
Beilage

Zeitung für den Kreis Wesel
Nr. 2, Sommer 2016

DIE LINKE.

www.dielinke-kreiswesel.de

LINKS(D)RUCK!

So wird unser Land gerecht

Mehr gute Jobs,
mehr gute Bildung,
mehr Zusammenhalt

NRW verliert bei Beschäftigung, Investitionen und Bildungsausgaben den Anschluss. Es braucht eine Offensive für mehr gute Arbeit und Gerechtigkeit. Bei Arbeitslosenquote und Lehrstellenlücke belegt NRW Spitzenplätze, die Armut explodiert in den Ballungsräumen. Zu verantworten hat das SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihr rot-grünes Kabinett. Die Kommunen sind hoch verschuldet, auch in der Landeskasse sieht es mau aus. Dagegen umfasst das persönliche Gesamtvermögen der Superreichen in NRW rund 207,8 Milliarden Euro: dreimal so viel wie ein Jahresetat des ganzen Bundeslands. Wenn sich die Landesregierung also für die 17 Millionen Menschen hier einsetzen will, sollte Kraft in Berlin Druck für eine gerechte Steuerpolitik machen. Allein die Vermögenssteuer könnte über 3,5 Milliarden Euro in die klamm-

men Kassen des Landes spülen. Das Geld wird dringend benötigt. In Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlt Personal. Das ist längst ein Risiko für die Kranken. Laut der Gewerkschaft ver.di fehlen an deutschen Krankenhäusern 70 000 Jobs allein in der Kran-

kenpflege.

Gute gemeinsame Bildung ist der Schlüssel für Gerechtigkeit und Teilhabe. Dafür gibt die Regierung Kraft mit knapp 6.000 Euro pro Kopf im Jahr aber weniger als alle anderen Bundesländer aus. Nach Zahlen des Bildungsforschers Klaus Klemm braucht

es allein in NRW 7 000 Stellen mehr, damit Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam gut lernen können. Mit einer Kita-Versorgungsquote von 25,9 Prozent belegt NRW den letzten Platz, sieben Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Bau und energetische Sanierung von Gebäuden, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Erneuerung der maroden Strecken: Ein gewaltiger Investitionsstau lähmt die Entwicklung in NRW. Der DGB fordert für NRW bis 2020 zusätzlich 500 000 sozialversicherte Arbeitsplätze durch eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik. Allein die energetische Gebäudesanierung birgt riesige Potentiale. Dort liegen Chancen für gute Arbeitsplätze, faire Bildungschancen und ein besseres Leben für alle. Grund genug, mit LINKS in die Offensive zu kommen, nicht erst zu den Wahlen 2017. NRW braucht schon heute einen LINKEN Aufbruch, gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden. Denn: Nur so wird unser Land gerecht.

Dreiste Party der Superreichen

von Sahra Wagenknecht

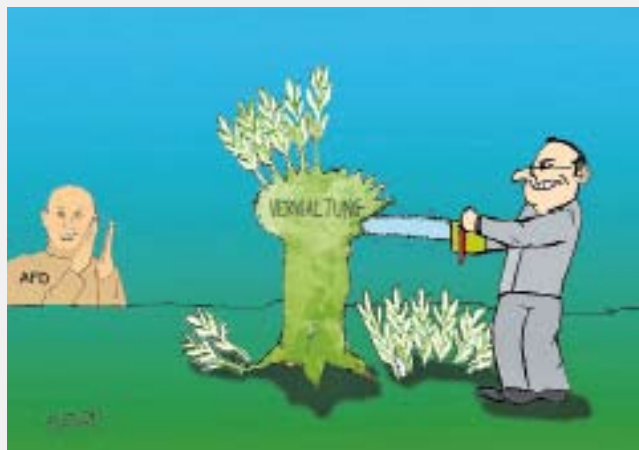
Zu Beginn dieses Jahres war es so weit. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über mehr Reichtum als die restlichen 99 Prozent der Menschheit. Kapitalismus anno 2016 heißt: Eine Handvoll Superreicher feiert unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf unsere Kosten eine immer dreistere Party. Auch hier. Von den 500 reichsten Deutschen kommt jeder Vierte aus Nordrhein-Westfalen: Aldi, Deichmann, Haribo, Bertelsmann, Hornbach, Bofrost und Melitta. Deren absurden Reichtum kann man nicht durch eigene Arbeit erlangen. Man muss unzählige andere Menschen für sich arbeiten lassen – für möglichst wenig Geld. Oder man muss erben.

Raubzug des Geldadels

Beides hat wenig mit eigener Leistung zu tun, aber viel mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, Steuertricks und Steuerbetrug. Dieser Raubzug des Geldadels geht auch in Nordrhein-Westfalen zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen. In keinem anderen Bundesland wächst die Armut so schnell wie hier. Viele Kommunen sind pleite, im Ruhrgebiet ist heute jeder fünfte Mensch arm. Trotzdem sieht die herrschende Politik bei Geldwäsche und Steuerhinterziehung lieber weg. Das haben die Enthüllungen rund um die »Panama-Papers« belegt. Ganze Zweige der Finanzindustrie haben aus dem Diebstahl von Steuergeldern ein Geschäftsmodell gemacht. CDU, SPD, Grüne und FDP haben das politisch ermöglicht. Sie haben sich so zu Komplizen von Superreichen und Schwerstkriminellen gemacht. Dagegen kann eine Kassiererin ihren Job schon wegen eines unerlaubt eingelösten Pfandbons verlieren.

Fortsetzung auf Seite 2

Jamaika: Kahlschlag mit Rechts



Kreis Wesel. Kultur, Soziales und Personal müssen bluten, damit die Kreisumlage bei 41,8 Prozent bleibt. Das bedeutet: weniger Kultur, weniger Hilfen für Menschen in Not, längere Wartezeiten beim Amt, mehr Überstunden, Krankheitstage

und Burn-Out in der Verwaltung. Wenn da das Jamaika-Bündnis von CDU, FDP/VWG und Grünen sagt, sie wollten »Bürger entlasten«, kann man nur den Kopf schütteln. Schon die angekündigten Kürzungen bei Einrichtungen wie der

Schwangerschaftskonfliktberatung, AIDS-Hilfe, Burghofbühne und so weiter sind für die Betroffenen verheerend. Da diese Kürzungen der Kooperation nicht reichten, strich man zusätzlich 250.000 Euro bei den Kosten der Unterkunft, 300.000 Euro für »Unterhaltung sonstiges« und gleich 3,14 Millionen beim Personal. Die Verwaltung des Kreises wies noch in der Sitzung darauf hin, dass das rechtlich nicht geht. Es gibt Verpflichtungen, die der Kreis nicht ignorieren darf: Gesetze, Rechnungen und Arbeitsverträge etwa. Die Fraktionsvorsitzenden Berger, Dams und Kück von CDU, FDP/VWG und Grünen setzten sich über diese Realität einfach hinweg. Umgehend beanstandete der Landrat den Haushaltsbeschluss. Er widerspreche den Grundsätzen korrekten Wirtschaftens.

Die Entscheidung liegt nun bei der Bezirksregierung. Bis dahin hängt der Kreis in der Luft. Er kann keine Zuschüsse auszahlen, keine Projekte finanzieren, keine Leute einstellen. Widerstand gegen diesen Kahlschlag kommt von LINKS und aus der Breite der Gesellschaft. Unterstützung kommt vom rechten Rand: Im Kreistag hat die AfD nicht nur fast allen Kürzungsvorschlägen der Jamaika-Koalition zugestimmt. Sie hat sogar vielfach Vorschläge eingebracht, die über die Pläne von Jamaika hinausgingen. Etwa, die Unterstützung für »Frauen helfen Frauen« komplett zu streichen und die Förderung für das Kloster Kamp gänzlich auslaufen zu lassen. Damit ist klar: Die sind nicht anders als die anderen Parteien, die sind schlimmer. Und keine Alternative für den Kreis Wesel.

In Voerde fordert

der Sparkurs Opfer. DIE LINKE stellt sich gegen den Rückbau der Daseinsvorsorge. **Seite 2**

Engagierte Bürger

haben mit den kleinen Fraktionen erreicht, dass das Bislichbad in Wesel erhalten bleibt. **Seite 3**

Ein teurer Spielplatz

ist der Flugplatz Schwarze Heide. Hier verbrennt der Kreis Wesel Geld, das anderenorts fehlt. **Letzte Seite**

Post von Wagner



Die Zunahme von Rassismus und Demokratieverachtung in ganz Europa ist Ergebnis der Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit und Wut, die die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben überall hinterlassen hat. Wir LINKEN stellen als Botschaft soziale Gerechtigkeit gegen die Hass- und Angstkampagnen der Rechten. Wir stellen Erwerbslosen und Beschäftigten, die sich schlecht bezahlt von Job zu Job hangeln müssen und die von Altersarmut bedroht sind, tatsächliche Verbesserungen in Aussicht: einen höheren und ausnahmslosen Mindestlohn, eine menschenwürdige und sanktionsfreie Mindestsicherung, sichere Arbeit, höhere Löhne, bezahlbaren Wohnraum und auskömmliche Renten. Wir laden alle Menschen ein, sich mit uns gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft zu stellen.

Ihr

 Landesgeschäftsführer
 DIE LINKE. NRW

Opfer des Rotstifts



Die Haltestelle der Linie 25 vor der Polizeiwache ist eine von vielen, die wegzufallen drohen. Ganze Ortsteile werden vom Netz abgeschnitten.

Voerde. Die Folgen des als »Haushaltskonsolidierung« beschönigten Streichkonzerts bekommen alle Menschen in unserer Stadt zu spüren. An die regelmäßige Erhöhung von Steuern und Gebühren haben sich die Voerder fast schon gewöhnt. Aber nun gefährdet der Rotstift die Daseinsfürsorge. So öffnet die Verwaltung an Wochenenden sowie Brückentagen teilweise gar nicht mehr. Das Bürgerbüro Friedrichsfeld ist geschlossen. Auch die Ordnungshüter sind auf dem Rückzug: Die Einschränkung der Polizeipräsenz und die Einstellung der Nachtbesetzung der Wache Frankfurter Straße dürfte der Anfang vom Ende einer eigenen Polizeiwache in Voerde sein. Auch geht es Stadt-Beschäftigten der unteren Lohngruppen

an den Kragen: So gibt es Pläne, die Verwaltungsgebäude durch private Firmen reinigen zu lassen. »Optimierung« heißt das im Verwaltungsdeutsch. Tatsächlich wird gut arbeitendes eigenes Personal unter Druck gesetzt. Das muss gestoppt werden. »Abbau« lautet auch die Lösung bei Bus und Bahnen. Die Rheindörfer sind schon heute im öffentlichen Nahverkehr Niemandsland. Jetzt möchte der Betreiber NIAG zusätzlich Linien einschränken oder ganz aufgeben. Grund: angeblich nicht rentabel. So kann man aus Sicht der LINKEN keine Verkehrspolitik machen. Auch die Menschen außerhalb der Stadtzentren haben ein Recht auf Mobilität. Das ist Daseinsvorsorge, gerade auf dem Land.

Beispiel: Die Buslinie 25 verbindet Dinslaken mit Friedrichsfeld. Es ist der einzige Bus, der auch am Wochenende fährt. Und der einzige Busanschluss für ganze Stadtteile. Nun soll der 25er nur noch bis zum Rathausplatz Voerde fahren. Die Haltestellen Buschacker, Tönningstraße, Kloster Kamp (Arztzentrum, Seniorenzentrum, Frankfurter Straße), Mühlenweg (Polizeistation, Flüchtlingstreff Café Bienvenue, Jugendtreff Stockumer Schule), Holthausen, Schaftstege, Friedrichsfeld-Bahnhof und Bülowstraße fallen weg. Die Anwohner sind dann auf PKWs und Taxen angewiesen. Selbst Beschwerdebriefe über solche Zustände sind schwieriger geworden, in ganz Voerde gibt es keinen Briefmarkenautomaten mehr...



Gegen den Trend

Kreis Wesel. Eine Rede von Oskar Lafontaine gab den Ausschlag. Dessen Worte hatten Daniel Schellbach im Landtagswahlkampf 2012 davon überzeugt, DIE LINKE zu wählen. Als diese den Einzug in das Parlament verpasste, entschloss sich der 26-Jährige dazu, selbst Mitglied zu werden. Warum? »DIE LINKE ist eine Friedenspartei ohne Wenn und Aber. Und nur sie stellt die sozialen Themen ins Zentrum ihrer Arbeit. Politik wird zu sehr von den Interessen der Konzerne und der mit ihnen verbündeten Medien dominiert. Dem muss man etwas entgegensetzen«, sagt Daniel Schellbach. Heute vertritt der Lehramtsstudent DIE LINKE im Dinslakener Schulausschuss sowie im Schul-, Kultur- und Sportausschuss des Kreises Wesel. Als Delegierter vertritt er die Kreisverbände Wesel, Oberhausen und Kleve beim Bundesparteitag. Trotz aller Politik: Sein Studium der Sozialwissenschaften und der Geschichte verliert Schellbach nicht aus dem Auge. Und das gilt auch für den Auslöser seines Engagements: 2017 will er aktiv dazu beitragen, dass es im Landtag wieder eine linke Fraktion gibt.

Rotation im Rat

Xanten. Wechsel im Stadtrat: Richard Lipp (Bild) ist neuer Ratscherr für DIE LINKE. Bei der Kommunalwahl 2014 errang die Partei in Xanten ein Mandat. Der Ortsverband beschloss, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Reserve-liste bei der Wahrnehmung des Mandates nacheinander ablösen sollten. Zum Jahreswechsel erfolgte nun der erste Tausch. Bisher hatte Christel van Lier als Spitzenkandidatin das Mandat wahrgenommen. Sie verzichtete wie vereinbart auf den Sitz und machte den Weg für Lipp als Nummer zwei frei.



Neue Hürden am Bahnhof

Warum werden die Bedürfnisse der Menschen so schlecht berücksichtigt? Ratsfrau Cigdem Kaya kann die bürgerferne Planung in ihrer Heimatstadt Dinslaken nicht fassen.

Dinslaken. Die Sanierung des Dinslakener Bahnhofs und die Neugestaltung des Vorplatzes sind lange überfällig. Im Herbst 2016 soll ein Aufzug kommen. Der Zugang wäre dann endlich barrierefrei. Oder doch nicht? Ein Lift erleichterte zumindest Fahrgästen mit schwerem Gepäck, Gehbehinderten und Eltern mit Kinderwagen den Weg zum Gleis. Nur: Nach aktuellen Plänen fallen auch viele Parkplätze und Taxistände weg. Gleiches gilt für die Möglichkeit, Passagiere bis zum Bahnhof zu fahren und dort abzuholen. Neue Hürden auf dem Weg zum Bahn-

steig also. Der Fehler lag bereits im Planungsverfahren: Um Fördergelder auszuschöpfen, wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Die Architekten suchten nicht das Gespräch mit den Menschen vor Ort. Kein Fahrgast konnte sich bei der Vorbereitung der Pläne einbringen. Ihre Alltagsprobleme spielten keine Rolle. Erst jetzt, nachdem die Planung weit gediehen ist, sollen sie gehört werden. Besser wäre es gewesen, wenn die Verwaltung Bürgerbeteiligung ernst genommen und die Umgestaltung des Vorplatzes selbst durchgeführt hätte.

Keine Privilegien für Multimillionäre mehr

Fortsetzung von Seite 1, rechts

Aber ihr Chef und andere Multimillionäre können unbehelligt dem Staat und damit der Allgemeinheit jedes Jahr Milliarden an Steuergeldern entziehen. Das hält keine Demokratie auf Dauer aus. Das Geld fehlt vor allem bei den Menschen in den Gemeinden und Quartieren. Eine Umfrage unter Stadtkämmerern zeigt: Rund 80 Prozent der Kommunen in NRW leiden unter Haushaltslöchern. Und diese Erhebung legt auch offen, wie diese Kommunen fehlende Steuermilliarden ausgleichen. NRW-Städte kürzen bei Jugend- und Seniorenarbeit, schließen Schwimmbäder, Veranstaltungshallen und Bürgerhäuser, knapsen bei Stadtbibliotheken und Straßenbeleuchtung. Das heißt: Bei uns allen wird im täglichen Leben gekürzt,



damit die Superreichen weiter Milliarden anhäufen können. Absurd! Die einzig vernünftige Antwort: Schluss mit den Privilegien für das oberste Prozent der Gesellschaft. Holen wir das Geld dort, wo es sich sinnlos stapelt. Es muss dort hin, wo die Gesellschaft und die Menschen es dringend brauchen. Nicht Negativzinsen und die Enteignung der Sparrer sichern dauerhaft Stabilität und Wirtschaftswachstum. Das kann nur eine Umverteilung von den Superreichen zu den anderen 99 Prozent der Bevölkerung. Dazu müssen wir uns mit dem mächtigen einem Prozent anlegen. Nur DIE LINKE will im Bundestag angemessene Steuern für Multimillionäre und große Konzerne. Und: Nur wir nehmen auch keine Spenden von ihnen an. Wir sind davon überzeugt: Gemeinsam können wir eine bessere Welt für alle durchsetzen. **Sahra Wagenknecht** Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Bundestag

Fast 600 Haushalte ohne »Saft«

Kein »Saft« mehr, das bedeutet: kein Herd, kein Fön, kein Licht, kein Radio, kein Telefon. Ein Angriff auf die Grundbedürfnisse. Täglich in Deutschland.

Moers. Die Zahl der Stromsperren hat bundesweit einen neuen Rekordwert erreicht: Über 350 000 Haushalte waren im Jahr 2014 ohne »Saft«. Das trifft Jahr für Jahr auch viele Haushalte in unserer Stadt. Grund genug für DIE LINKE, das im Moerser Sozialausschuss zum Thema zu machen.

Weiter steigende Strompreise

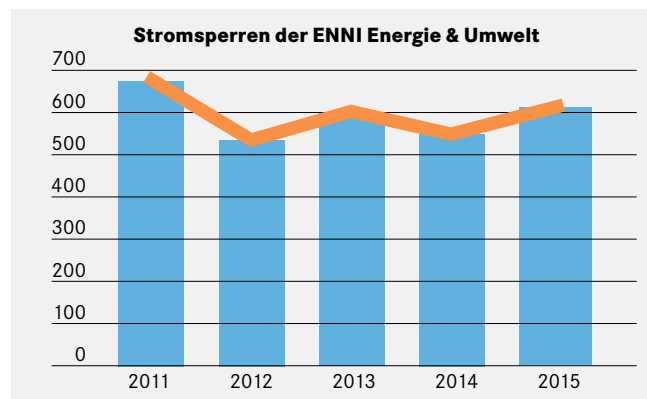
Dort stand die ENNI Rede und Antwort. Laut Energieversorger entwickelt sich die Zahl der Betroffenen hier anders als bundesweit. Während die Fallzahlen bundesweit steigen, nehmen sie in Moers seit 2011 mit leichten Schwankungen eher ab. 2015 waren 575 Haushalte betroffen. Gründe dafür sind aus Sicht der LINKEN auch positive Auswirkungen von Maßnahmen der ENNI. Dazu gehören die kostenlose

Energieberatung und die vergleichsweise moderate Preisgestaltung des kommunalen Versorgers.

Andererseits sieht die Fraktionsvorsitzende Gabriele Kaenders dringenden Handlungsbedarf beim Gesetzgeber: »Für Bezieher von Arbeitslosengeld II oder auch von Grundsicherung im Alter sind die steigenden Strompreise längst nicht aufzufangen.« Wenn schon kein freies Basiskontingent erreichbar sei, müsse zumindest der Preisanstieg beim Strom von dem zu geringen Satz der Regelleistungen entkoppelt werden, so die Fraktionschefin. Eine Möglichkeit bestünde in einer gesetzlich festgelegten und grundsätzlich erstattungsfähigen Verbrauchsmenge für Leistungsbezieher. »Außerdem muss endlich das Verbot von Stromsperren zumindest für schutzbedürftige Kunden kom-

men. Dem darf sich die Große Koalition in Berlin nicht weiter verweigern«, sagt Kaenders. Schwierigkeiten, sich mit Basisgütern wie Strom und Wasser zu versorgen, führen zu Stress, Scham und Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben. Während das Mietrecht hohe Hürden bei Wohnungsrumrungen vorsieht, können Stromsperren

ohne Gerichtsbeschluss bereits vier Wochen nach der Mahnung vollzogen werden. Deshalb will DIE LINKE im Bundestag Stromsperren verbieten. Außerdem müsse eine Mitteilungspflicht der Energiedienstleister bei Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte eingeführt werden, damit die Sozialbehörden Hilfe anbieten können.



Windkraft transparent

Hünxe. Niemand möchte Windräder im Vorgarten haben. Dass Betroffene empfindlich reagieren, wenn Entscheidungen über Windrad-Standorte hinter ihrem Rücken still und heimlich vorbereitet werden, ist also keine Überraschung. Deshalb erweist ein Vorgehen wie aktuell in Hünxe der Windkraft einen Bärendienst. DIE LINKE unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausbau von Transparenz und direkter Demokratie. Gerade bei unliebsamen Entscheidungen müssen Verwaltung und Politik frühzeitig und offen kommunizieren.



Muss man drüber reden: Windräder

AWO-Neubau: An die Senioren denken

Rheinberg. Viel Aufregung gibt es um den Neubau der AWO-Verwaltung und -Altentagesstätte in Rheinberg. Anwohner sorgen sich um ihre ruhige Wohnlage und die Naherholungsfläche auf dem ehemaligen Schulhof. Das kann DIE LINKE gut nachvollziehen. Vergessen werde aber gerne, dass es großen Bedarf gibt – vor allem nach dem Wegfall der Altentagesstätte Gelderstraße. »Ohne den Neubau wird das Angebot für unsere Senioren in der Innenstadt auf lange Sicht mangelhaft bleiben«, meint der Vorsitzende der LINKEN-Ratsfraktion, Peter Kemper.

Jugendparlament für Kamp-Lintfort

Kamp-Lintfort. Politik selber machen – ohne Parteien, aber mit original parlamentarischen Regeln. Das ist das Angebot eines Jugendparlaments. Immer weniger junge Menschen gehen wählen. Deshalb sagt DIE LINKE im Stadtrat: Auch Kamp-Lintfort braucht ein Jugendparlament. Hier bekommen Jugendliche einen lebendigen Zugang zur Politik. »Eine Demokratie lebt von aktiver Beteiligung. Wir dürfen uns mit der Politikverdrossenheit nicht abfinden«, erklärt Sidney Lewandowski von der LINKEN Kamp-Lintfort.

Bürger retten Bislichbad



»Dieses Bad ist gerettet: Engagierte Bürger machen erfolgreich Politik«, freut sich LINKEN-Vertreter Ulrich Kuklinski. Mit dem Heubergbad steht leider bereits das nächste Bad auf der Kippe...

Wesel. Im Mai 2015 beschloss der Weseler Stadtrat mit großer Mehrheit ein sogenanntes Konsolidierungskonzept. Nur die beiden kleinen Fraktionen DIE LINKE und WWW/Piraten stimmten dagegen. Ein Punkt, der in dem Maßnahmenkatalog gut versteckt war, betraf das Bad im Ortsteil Bislich. Nach dem Willen der Ratsmehrheit sollte das Bad im Sommer 2016 geschlossen werden. Dabei hat das Bad mit seinem Hubboden

für den Schwimmunterricht und den Wassersport nicht nur für den Ortsteil, sondern in der ganzen Stadt große Bedeutung. Das Bad wird fast durchgehend von Kindergärten, Schulen, Volkshochschule und Vereinen genutzt. Das zeigen die Belegungszahlen deutlich. Wohl kein Zufall, dass diese erst nach dem Schließungsbeschluss vorgelegt wurden.

So ist es nicht verwunderlich, dass sich nach Bekanntwerden

der Pläne massiver Widerstand formierte. Die besonders betroffenen Wassersportvereine starteten ein gemeinsames Bürgerbegehren. Die beiden großen Ratsfraktionen SPD und CDU sprachen diesem Begehren sofort die Rechtmäßigkeit ab. Davon unbeeindruckt ging die Unterschriftensammlung weiter. Listen lagen in Kindergärten, Schulen, Läden und Arztpraxen aus. Auf Wochenmärkten wurde informiert und gesammelt.

Auch viele Aktive der LINKEN unterstützten die Unterschriftensammlung aktiv.

Fast 6000 Unterschriften

Durch Anträge, Anfragen und Erklärungen der Fraktion DIE LINKE. Wesel im Rat und in den Ausschüssen blieb das Thema auf der politischen Tagesordnung. Dadurch und durch zahlreiche Leserbriefe nahm es in der Lokalpresse über Wochen breiten Raum ein. Innerhalb kürzester Zeit kamen 5 981 gültige Unterschriften zusammen. Mehr als doppelt so viele wie nötig! Diesem eindeutigen Bürgerwillen beugten sich letztendlich auch die Fraktionsspitzen von SPD und CDU. Am 1. März 2016 gab der Stadtrat dann dem Bürgerbegehren einstimmig statt. Damit ist die Schließung des Bades vom Tisch. Und Wesels Bürgerinnen und Bürger sind um die Erfahrung reicher, nicht machtlos zu sein. Denn nur ihrem Engagement ist zu verdanken, dass wir alle weiter im Bislichbad schwimmen können.



Foto: Ralf Berger

273 kleine Hunde gerettet

Schermebeck. 273 kleine Hunde – vor allem Malteser – befreite der Kreis im März aus einer Zucht in Schermebeck. Die Hunde waren in bemitleidenswertem Zustand. Inzwischen leben die Hunde in Tierheimen oder haben teilweise auch schon neue »Herrchen« und »Frauchen«. Die Helfer freuen sich über zahlreiche Spenden und viel Anteilnahme. Firmen stifteten Futter, Strickkreise machten Mäntel für die frisch geschorenen Hunde. 20 augenkranken Malteser übernahm das Tierheim Dortmund, das mit einem spezialisierten Tierarzt zusammenarbeitet.

DIE LINKE hilft!

DIE LINKE im Kreis Wesel bietet zweimal im Monat eine offene Sozialberatung an. Es werden Fragen rund um Arbeitslosengeld I und II, Grundversicherung, Wohngeld und GEZ-Befreiung beantwortet. Informationen, Hilfe mit Formularen und Begleitdienste zu Ämtern sollen den Menschen helfen, ihre Rechte geltend zu machen. Ohne Kosten und Termin – einfach vorbeikommen! An jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat, von 15 bis 17 Uhr in Dinslaken, Friedrich-Ebert-Straße 46.

Betuwe wie beim Nachbarn

Kreis Wesel. DIE LINKE begleitet die Anhörung zur Betuwe in Wesel mit Protest. Vor der Schützenhalle Friedrichsfeld forderte die Kreis-LINKE, die Betuwe in NRW nach niederländischem Modell zu konzipieren. Viel Zuspruch bekamen sie von den Teilnehmenden, die als Einwender an der Veranstaltung teilnehmen durften. Den LINKEN wurde von den Vertretern der Bezirksregierung der Zugang versagt. Selbst die Presse wurde nicht eingelassen. »Eine so wichtige Veranstaltung sollte öffentlich stattfinden«, findet Kreispressesprecher Sidney Lewandowski.

Vor der Bruchlandung



Foto: Pressestelle Stadt Bottrop

Teurer Spielplatz: Der Pleite-Flughafen Schwarze Heide wird wohl immer auf Subventionen angewiesen bleiben. Aber während andernorts schmerzhaft gekürzt wird, wird hier weiter investiert.

Kreis Wesel/Bottrop. Einen teuren Spielplatz leisten sich Städte und Kreis als Gesellschafter im Grenzgebiet von Bottrop und Hünxe: Der Flugplatz Schwarze Heide schreibt über eine Viertelmillion Euro Minus im Jahr. Ein Ausstiegsszenario muss her. Für Geschäftsreisende ist der Flugplatz da. Nur: Kaum jemand fliegt. So stehen

Städte und Kreis jährlich für 260.000 bis 280.000 Euro Verluste gerade. Startbahnverlängerung und neue Hallen brachten der Schwarzen Heide keine schwarzen Zahlen. Die Kosten übersteigen die Einnahmen des Flugplatzes. Ohne Geld aus den Stadtkassen wäre die Gesellschaft pleite. Das soll nach den Plänen der Ge-

sellschaft so bleiben. Keine Rede von schwarzen Zahlen. 2016 sollen die Miesen gar steigen. Vielmehr träumt man bis 2025 von sechs neuen Hallen. Die erste kostete 240.000 Euro. Woher soll das Geld kommen? Bei unter einem Prozent Eigenkapitalquote gibt keine Bank Kredit. In der Vergangenheit bürgten Bottrop sowie der Kreis

Wesel und gaben Darlehen von 2,22 Millionen Euro. Die Rückzahlung startet 2016, auf viele Jahre gestreckt. Kurios: Die Kommunen zahlen sich mit dem Betriebskostenzuschuss ihr gewährtes Darlehen selbst ab. Durch Expansion kommt der Flugplatz nie aus den roten Zahlen. Selbst wenn alle Hallen gebaut und permanent voll vermietet würden, schrumpfte das Minus nur um ca. 60.000 Euro jährlich.

Der Widerstand wächst

Mehr Geld oder Bürgschaften der Kommunen vergrößern deren Verluste bei einer Bruchlandung des Pleite-Airports. Städte und Kreis haben das Geld selbst gar nicht. So wächst der Widerstand: In Bottrop scheiterte ein Bürgerentscheid gegen das Millionengrab nur knapp, Voerde will aussteigen, der Kreistag Wesel stellt bohrende Fragen an den Flugplatz. »Es dürfen nicht weiter Millionen in den Heidesand gesetzt werden.«

Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass der Flugplatz so nicht weitermachen kann, sagt Sascha Wagner, Kreisvorsitzender der Weseler LINKEN. Sein Bottroper Kollege Günter Blocks skizziert: »Die Schwarze Heide kann als Sportflugplatz überleben, den die 500 Flugsportler tragen – ohne städtische Millionen.«



Panama? Gern!

Aber die Knete bleibt hier!

Wie reich kann so ein Superreicher eigentlich werden? Gibt's Obergrenzen? Hat man jedenfalls nie von gehört. Aber es gibt ne Grenze nach unten. Heißt Überschuldung und liegt da, wo man dem Nackten nicht mehr in die Tasche greifen kann. Tja, und da sind wir in NRW. Lustig is: Wir sind gleichzeitig ärmer UND reicher sind als der Rest von Deutschland. Also mehr Superreiche mit mehr Kohle auf der hohen Kante UND mehr Arme, Pleite-Kommunen und Staatsschulden. Da passt das Bild von der Arm-reich-Schere mal richtig gut. So gut, dass die Superreichen die Schulden bezahlen UND sich dann in ein arbeitsfreies Luxusleben nach Panama verabschieden könnten. »Wenn ihr Reiche besteuert, sind die weg aus Deutschland? Nee, nicht mit uns. Nach Panama gerne, aber die Knete bleibt hier!

Lass jucken, Kumpel!

Wenn es Sie nicht kratzt, was in der Welt passiert, sollten Sie Bier trinken gehen. Alle anderen, die es angesichts der politischen Zustände in den Fingern juckt, sollten mal ein »nd« riskieren. Wir kratzen am Lack!

ePaper
4 Wochen
»nd« digital für
€ 20,-

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd

Interesse? Dann anrufen: (030) 29 78 18 00. Absolut: neues-deutschland.de/abo
Das Angebot gilt nur im Inland und in Haushalten ohne aktives nd-Abo in den letzten 6 Monaten.

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE.
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kortumstraße 106-108, 44787 Bochum
V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner
Auflage: 20 000 Stück
Redaktionsschluss: 12. Mai 2016
Redaktion: Daniel Kerekes,
Heike Kretschmer, Irina Neszeri,
Niels Holger Schmidt
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Fotos liegen bei der Partei DIE LINKE. Landesverband NRW.
Redaktion Kreisverband:
V.i.S.d.P.: Sascha H. Wagner,
Ingeborg Lay-Ruder
DIE LINKE. Kreisverband Wesel
Friedrich-Ebert-Straße 46
46535 Dinslaken
Telefon: 020 64 / 775 73 84